Bericht zur Arbeit des Initiativausschusses für Migrationspolitik in RLP im Jahr 2023

*Der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz setzt sich ein für die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der in Rheinland-Pfalz lebenden Migrant*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte sowie für das solidarische Zusammenleben von Angehörigen der einheimischen Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten.*

*Der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz ist ein landesweites Netzwerk der Migrationsarbeit. Er setzt sich aus Mitarbeiter*innen von Wohlfahrtsverbänden, kommunalen Integrationsbeauftragten sowie Mitgliedern der direkt gewählten Beiräte für Migration und Integration sowie aus Personen zusammen, die im Handlungsfeld „Antirassismus, Asyl, Integration und Migration" haupt- oder ehrenamtlich auf Landesebene oder auf kommunaler Ebene in Vereinen, Projekten oder Initiativen engagiert sind. Durch eine Vielzahl von Vernetzungs- und Informationsangeboten organisiert der Initiativausschuss den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen potentiell allen Akteur*innen der Migrationsarbeit in Rheinland-Pfalz.*

*Über seine Vernetzungsarbeit hinaus erarbeitet und vertritt der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz Positionspapiere und Stellungnahmen zu relevanten migrationspolitischen Themen, bietet er Fort- und Weiterbildungen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und zu sonstigen Fragestellungen der interkulturellen Arbeit an, berät er Multiplikator*innen und Betroffene in aufenthalts-, asyl- und einbürgerungsrechtlichen Fragen, leistet er Öffentlichkeits- und Informationsarbeit u.a. durch Pressemitteilungen, öffentliche Informationsveranstaltungen und -broschüren und arbeitet er auf kommunaler sowie landes- und bundesweiter Ebene in Gremien mit.*

Rahmenbedingungen der Arbeit im Jahr 2023

Auf internationaler Ebene hatte insbesondere im 1. Quartal 2023 das schwere Erdbeben in der Türkei und in Syrien am 6. Februar 2023 und in den folgenden Wochen vorübergehend große Auswirkungen auf die Beratungs- und Unterstützungsarbeit des Initiativausschusses. Das Erdbeben im Grenzgebiet zwischen der Türkei und Syrien betraf weit über 20 Millionen Menschen und forderte nach heutigem Kenntnisstand über 60.000 Menschen das Leben. Weitere ca. 150.000 Menschen erlitten Verletzungen. Nach aktuellen Schätzungen wurden weit über ein halbe Million Wohneinheiten vollständig zerstört und in der Folge etwa 2 Millionen Menschen obdachlos. Die Bundesregierung reagierte hierauf u.a. mit Visumserleichterungen für türkische Staatsangehörige mit Familienangehörigen in der Bundesrepublik. In der Folge war der Initiativausschuss mit einer Reihe von diesbezüglichen Beratungs- und Unterstützungsanfragen von in Rheinland-Pfalz lebenden Familienangehörigen sowie von haupt- und ehrenamtlich beratenden und unterstützenden Personen konfrontiert. Zudem setzte der Initiativausschuss sich auf Landes- und Bundesebene intensiv dafür ein, die vom Auswärtigen Amt eingeräumten Visumserleichterungen insbesondere auf auch diejenigen syrischen Staatsangehörigen auszuweiten, die als Geflüchtete in der Türkei von dem Erdbeben betroffen waren.

Insbesondere das 4. Quartal 2023 war zudem geprägt durch die auch in Rheinland-Pfalz spürbaren Auswirkungen der terroristischen Gewalttaten der Hamas gegenüber israelischen Staatsbürgern vom 7. Oktober 2023 und der bewaffneten Auseinandersetzung im Gaza. Der

Initiativausschuss hat sich angesichts der intensiven Verbindung von Rheinland-Pfälzer*innen mit und ohne Flucht- oder Migrationsgeschichte mit Menschen aus Israel und/oder den palästinensischen Autonomiegebieten und angesichts der im Zuge der Entwicklungen im Nahen Osten auch in Rheinland-Pfalz beförderten Zunahme von antisemitischen oder antimuslimischen Positionen und Verhaltensweisen in seiner Öffentlichkeitsarbeit um konstruktive und vermittelnde Debattenbeiträge bemüht.

Auf nationaler Ebene war das Jahr 2023 mit erheblichen Auswirkungen auch auf Rheinland-Pfalz geprägt durch

- die enge Abfolge im Berichtszeitraum beschlossener oder diskutierter gesetzlicher Neuregelungen (u.a. „Chancen-Aufenthaltsrecht“ nach § 104c AufenthG [in Kraft seit dem 1. Januar 2023]; „*Asylgerichtsverfahrensbeschleunigungsgesetz*“ [in Kraft seit dem 1. Januar 2023], Reform der Fachkräfteeinwanderung [beschlossen im August 2023 mit Wirkung zum November 2023 sowie zum März und Juni 2024], Einstufung von Moldawien und Georgien als „*sichere Herkunftsstaaten*“ [beschlossen im Dezember 2023], Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes [beschlossen im Januar 2024], „*Rückführungsverbesserungsgesetz*“ [beschlossen im Januar 2024, in Kraft seit Februar 2024) im Bereich des Asyl- und Migrationsrechts sowie durch
- die fortdauernd hohen Aufnahmezahlen von Schutzsuchenden sowohl aus der Ukraine (in der Folge des seit 24. Februar 2022 bis heute fortdauernden russischen Angriffskrieges und dem europäischen Übereinkommen zur Gewährung von „*vorübergehendem Schutz*“ für Flüchtlinge aus der Ukraine) als auch aus anderen Kriegs- und Krisenregionen.

Beide Entwicklungen hatten starke Auswirkungen insbesondere auf die im Berichtszeitraum an den Initiativausschuss gerichteten Bedarfe an Fortbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen für haupt- und ehrenamtliche Berater*innen von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte.

Sie führten zugleich dazu, dass der Initiativausschuss gegenüber Entscheider*innen in Politik und Verwaltung auf Landes- und Bundesebene im Berichtszeitraum in erheblichem Maße und mit erheblichen zeitlichen Ressourcen für eine gleichermaßen handhabbare wie menschenrechtsorientierte Ausgestaltung der Gesetzgebung und der Gesetzgebungsvorhaben geworben sowie gegenüber der interessierten Öffentlichkeit durch Presse-, Informations- und Bildungsarbeit aus menschenrechtlicher und integrationspolitischer Perspektive regelmäßig Stellung bezogen hat.

Auf rheinland-pfälzischer Ebene hat der Initiativausschuss sich - insbesondere vor dem Hintergrund der im Jahr 2023 fortgesetzt hohen Aufnahmezahlen schutzsuchender Menschen sowohl in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes als auch in den Kommunen - im Berichtszeitraum intensiv darum bemüht,

- durch Presse- und Informationsarbeit die vielfach mit Ressentiments und Verkürzungen belasteten Debatten um die Aufnahme und Integration von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte zu versachlichen;
- konstruktive Lösungsansätze für die unbestreitbar herausfordernde Situation vor Ort (z.B. zur Situation der Ausländerbehörden, zur Frage der Unterbringung und/oder zur Finanzierung der Integrationsarbeit vor Ort) anzubieten und

- auf die Chancen und bereits erreichten Erfolge der gesellschaftlichen Integration von Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie zu verweisen.

Geprägt hat die Arbeit des Initiativausschusses im Berichtszeitraum zudem das weitere Erstarken von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, das u.a. in den Ergebnissen der vier Landtagswahlen in Bremen, Berlin, Hessen und Bayern, aber auch - siehe oben - in der von Ressentiments geprägten Debatte um die Herausforderungen zum Ausdruck gekommen ist, denen sich die Kommunen bei der Aufnahme und Integration von Schutzsuchenden gegenübersehen.

Gleichzeitig gab es im Berichtsjahr bundesweit und auch in Rheinland-Pfalz eine breite gesellschaftliche Debatte um rassistische Kontinuitäten in den Strukturen sowie im Alltag von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte. Sie wurde u.a. durch den ersten nationalen Rassismus-Monitor befördert und geprägt, den das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM e.V.) Mitte 20222 vorgestellt hatte. Der Initiativausschuss hat sich an diesen Debatten durch Erklärungen, Veranstaltungen und Positionierungen ebenso intensiv beteiligt wie an der Diskussion um die mit der Erstarken rechtsextremer und rechtpopulistischer Parteien und Bewegungen verbundenen Bedrohungen und Gefahren für demokratische Grundrechte und die Demokratie in Deutschland und in Rheinland-Pfalz als Ganzes.

Insbesondere im 4. Quartal 2023 rückte zudem die Vorbereitung der am 9. Juni 2024 zusammenfallenden Europa- und Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz in den Fokus der Arbeit des Initiativausschusses. Ausgangshypothese hierfür war die Erwartung, dass (a) der Wahlkampf starken Einfluss auf das erste und insbesondere zweite Quartal 2024 nehmen würde und (b) auch in Rheinland-Pfalz vorwiegend *„flüchtlingsbezogen“* und unsachlich geführt werden würde, indem die eigentlichen Gründe für unbestreitbare Infrastrukturmängel vor Ort (zu wenig bezahlbarer Wohnraum, schlecht aufgestellte und teilweise nicht mehr arbeitsfähige Behörden, Mängel im Bildungssystem und Defizite in der Gesundheitsversorgung) weitgehend ausgeblendet bleiben und statt dessen geflüchtete Menschen hierfür verantwortlich gemacht würden. Einen Hinweis hierauf gab u.a. der Beschluss des Bundeskanzlers und der Ministerpräsident*innen der Länder vom 6. November 2023, in dem ein weiter ausgebautes europäisches Grenzregime sowie vermehrte Abschiebungen unter dem Schlagwort *„Vermeidung und Bekämpfung der illegalen Migration“* parteiübergreifend als probate Mittel zur *„Entlastung“* der derzeit stark geforderten kommunalen Infrastruktur identifiziert wurden. Sich hierauf strategisch und konzeptionell vorzubereiten, war im 4. Quartal 2023 ein wichtiges Handlungsfeld.

Ein besonderer Schwerpunkt des Initiativausschusses im Berichtsjahr lag zudem auf dem Aufbau einer flächendeckenden Beratungsstruktur für Menschen mit Diskriminierungserfahrungen im Rahmen des Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz (NdRLP e.V.). Der Initiativausschuss ist Mitglied im NdRLP e.V., sein Geschäftsführer einer der beiden Vorsitzenden des Vereins. Im Berichtsjahr war der Geschäftsführer des Initiativausschusses in seiner Funktion als Vorstandsmitglied des NdRLP e.V. intensiv damit befasst, entsprechende Beratungsstrukturen aufzubauen.

Die genannten Einflussfaktoren hatten im Jahr 2023 Auswirkungen sowohl auf die Beratungs- und Qualifizierungsarbeit des Initiativausschusses als auch auf seine Öffentlichkeits-, Informations- und Vernetzungsarbeit.

Einzelne Maßnahmen im Berichtszeitraum 2023

Vor dem Hintergrund der vorangehend beschriebenen Entwicklungen und Herausforderungen hat sich der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz auch im Jahr 2023 schwerpunktmäßig darum bemüht, Debatten um *„Asyl, Migration, Integration und Teilhabe sowie Schutz vor Rassismus und Diskriminierung“* zu versachlichen und haupt- und ehrenamtlich in diesem Themenfeld aktive Personen zu stärken und (weiter) zu qualifizieren. Hierzu hat er:

- **Beratungs-, Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Multiplikator*innen** angeboten, die auf die Verbesserung der Situation von Flüchtlingen, Migrant*innen und Minderheiten abzielten. Zielgruppe der Angebote waren i.d.R. haupt- und ehrenamtlich in der Beratung und Begleitung von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte Engagierte sowie Mitarbeitende in Verwaltung, Regeldiensten und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen;
- **Presse-, Öffentlichkeits-, Informations- und Bildungsarbeit** geleistet, die darauf abzielte, aktuelle gesellschaftliche Debatten um die Belange von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsgeschichte zu versachlichen und aus menschenrechtlicher Überzeugung und demokratietheoretischer Perspektive für deren Gleichbehandlung und für eine solidarische Gesellschaft zu werben.
- über **Vernetzungs-, Gremien- und Lobbyarbeit** innerhalb der rheinland-pfälzischen Zivilgesellschaft und bei Entscheidungsträger*innen insbesondere auf Landesebene und in den Kommunen für die Verbesserung der rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen der Aufnahme und Integration von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsgeschichte geworben und gestritten.

Beratungs-, Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Multiplikator*innen

Die Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen zum Asyl- und Migrationsrecht sowie das Wahrnehmen einer *„Back-Office-Funktion“* für haupt- und ehrenamtliche Berater*innen und Unterstützer*innen von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte in Rheinland-Pfalz war auch im Berichtsjahr 2023 ein zentrales Handlungsfeld des Initiativausschusses.

Von der rechtspolitischen Referentin des Initiativausschusses wurden im Jahr 2023 in diesem Zusammenhang insgesamt vierzehn Fort- und Weiterbildungen mit einer Dauer zwischen zwei und acht Stunden durchgeführt. Zu jeder der Veranstaltungen wurde seitens der rechtspolitischen Referentin des Initiativausschusses ein ausführliches Handout erarbeitet und den Teilnehmenden zur Verfügung gestellt. Siehe hierzu exemplarisch das Handout zum ersten der im Folgenden aufgelisteten im Berichtsjahr durchgeführten Fort- und Weiterbildungen:

- **12. Januar 2023 in Mainz:**
  Anpassungslehrgang für das Sozialpädagogische Fortbildungszentrum Mainz zum Thema

„Ausländer- und Flüchtlingsrecht".
[Anlage 1: Handout vom 12. Januar 2023]

- **20. Januar 2023 (online):**
  Seminar *„Aktuelle Gesetzgebung auf Bundesebene*" für den Arbeitskreis Migration des Diakonischen Werk der Pfalz.

- **31. Januar 2023 in Mainz:**
  Input zum Thema *„Asyl und humanitäre Aufnahme: Aktuelle Entwicklungen*" beim Fachtag der Migrationsfachdienste der LIGA der Freien Wohlfahrtpflege in Rheinland-Pfalz.

- **02. Februar 2023 (online):**
  Fortbildung *„Neuerungen im Aufenthaltsgesetz*" für die Jugendmigrationsdienste in katholischer Trägerschaft der Bundesarbeitsgemeinschaft der katholischen Jugendsozialarbeit.

- **22. Februar 2023 (online):**
  Fortbildung zum Thema *„Familiennachzug*" für die Refugee Law Clinic Trier.

- **07. März 2023 in Mainz:**
  Fortbildung des Initiativausschusses zum Thema *„Zugang zu Sozialleistungen*".
  [Anlage 2: Einladung für den 7. März 2023 | Anlage 3: Teilnahmeliste vom 7. März 2023]

- **05. Mai 2023 in Bitburg:**
  Fortbildung *„Bleibeperspektiven für Geduldete*" für den Beirat für Migration und Integration im Eifelkreis Bitburg.

- **25. Mai 2023 in Mainz:**
  Fortbildung zum Thema *„Staatsangehörigkeitsrecht*" für die AWO Bezirksverband Rheinland e.V..

- **03. Juni 2023 (online):**
  Fortbildung für die *„Mainzer Flüchtlingslotsen*" zu *„Grundlagen des Asylrechts*".

- **28. Juni 2023 in Speyer:**
  Seminar *„Arbeitsmarktintegration: Rechtliche Rahmenbedingungen*" für den Arbeitskreis Migration des Diakonischen Werk der Pfalz.

- **15. August 2023 in Wittlich:**
  Fortbildung für die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich zum Thema *„Asylbewerberleistungsgesetz*".

- **06.September 2023 in Speyer:**
  Seminar *„Reform des Staatsangehörigkeitsrechts*" für den Arbeitskreis Migration des Diakonischen Werk der Pfalz.

- **11. Oktober 2023 in Dieblich:**
  Schulungsabend *„Bleiberecht für Menschen mit Fluchtbiographie*" in der Gemeinschaftsunterkunft Dieblich, organisiert von der Koordinierungsstelle Flüchtlingshilfen der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz und der Verbandsgemeindeverwaltung Rhein-Mosel.

- **17. November 2023 in Saarbrücken:**
  BIG SAAR-Fachveranstaltung *„Chancen-Aufenthaltsrecht: Erfahrungen und Lösungsvorschläge“*.

Seit dem 2. Halbjahr 2023 hat der Initiativausschuss durch seine rechtspolitische Referentin im Auftrag der Diakonie Deutschland sowie der Caritasverbände Speyer, Trier und Westeifel zudem die fachliche Begleitung der Asylverfahrensberatung in Rheinland-Pfalz übernommen und in diesem Rahmen die folgenden, an die in den rheinland-pfälzischen Erstaufnahmeeinrichtungen hauptamtlich beratenden Mitarbeiter*innen der genannten Einrichtungen gerichteten, sieben Qualifizierungsangebote durchgeführt, für die ebenfalls ausführliche Handouts erarbeitet und bereitgestellt wurden:

- **13. Juli 2023 in Mainz:**
  Thema: *„Vorstellung des Konzeptes für die juristische Anleitung der bundesgeförderten Asylverfahrensberatung im Rahmen des Fachtages der Sozial- und Verfahrensberatungsstellen in Rheinland-Pfalz“*.
  [Anlage 4: Konzept vom 4. Mai 2023 – vorgestellt am 13. Juli 2023]

- **31. August 2023 (online):**
  Thema: *„Alterseinschätzung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“*.

- **17. Oktober 2023 (online):**
  Thema: *„Arbeitsmarktzugang im Asylverfahren und Möglichkeiten des Spurwechsels“*.

- **31. Oktober 2023 (online):**
  Thema: *„Aktuelle Fragestellungen aus der Beratung (Exemplarische Fallberatung) – Teil 1“*.

- **09. November 2023 in Kaiserslautern:**
  Thema: *„Erste Evaluierung des Konzeptes für die juristische Anleitung der bundesgeförderten Asylverfahrensberatung und weitere Planung für 2024/2024 im Rahmen des Fachtages der Sozial- und Verfahrensberatungsstellen in Rheinland-Pfalz“*.

- **14. November 2023 (online):**
  Thema: *„Aktuelle Fragestellungen aus der Beratung(Exemplarische Fallberatung) – Teil 2“*.

- **06. Dezember 2023 (online):**
  Thema: *„Identitätsklärung und Passbeschaffung: Mitwirkungspflichten im und nach dem Asylverfahren“*.

Die *„Back-Office-Funktion“* des Initiativausschusses wurde im Berichtszeitraum 2023 immer dann in Anspruch genommen, wenn für rheinland-pfälzische Akteur*innen, die Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie haupt- oder ehrenamtlich beraten und begleiten, bei der rechtlichen Bewertung einer asyl-, aufenthalts- oder sozialrechtlichen Situation - vielfach in Verbindung mit den zuvor bzw. nachfolgend geschilderten internationalen und nationalen Entwicklungen - bzw. bei Fragen zur Einbürgerung auf kompetente Unterstützung angewiesen waren. Im Berichtszeitraum hat der Initiativausschuss telefonisch, per Mail oder im direkten Gespräch im Jahr 2023 erneut über 1.000 Beratungen dieser Art durchgeführt.

Neben den Fortbildungsveranstaltungen zum Asyl- und Migrationsrecht, die der Initiativausschuss im Berichtszeitraum durchgeführt oder im Auftrag Dritter inhaltlich ausgestaltet hat, hat er weitere fort- und weiterbildungsadressierte Veranstaltungen zu Fragen der Integration und des Zusammenlebens von Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationsgeschichte durchgeführt bzw. sich hieran aktiv beteiligt:

- **17. März 2023 in Mainz:**
  Zertifizierte gemeinsame Fortbildung von Initiativausschuss, IASE e.V. und der Psychotherapeutenkammer RLP für Psychotherapeut*innen und hauptamtliche Mitarbeiter*innen in der psychosozialen Arbeit zum Thema *„Rassismus und psychische Gesundheit“*.
  [Anlage 5: Einladung für den 17. März 2023 | Anlage 6: Teilnahmeliste vom 17. März 2023]

- **29. Juni 2023 in Mainz:**
  Aktive Mitwirkung des Geschäftsführers und der rechtspolitischen Referentin des Initiativausschusses an einem Brainstorming zum Thema *„Reform der Fachkräfteeinwanderung – Folgen und Herausforderungen für Rheinland-Pfalz“* auf Einladung des Regionalen Integrationsnetzwerk Rheinland-Pfalz *„Integration durch Qualifizierung“* beim Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.. In der Folge fand am **15. November 2023** ein weiteres Brainstroming statt, an dem sich die rechtspolitische Referentin des Initiativausschusses aktiv beteiligt hat und das den Fokus auf die Herausforderung des Ausbaus und der Ausgestaltung einer Angebots-Struktur in Rheinland-Pfalz gelegt hat, die (a) eine ganzheitliche Strategie verfolgt und (b) gleichermaßen auf die Unterstützungsbedarfe von Fachkräften und Betrieben reagieren kann.
  [Anlage 7: Einladung für 29. Juni 2023 | Anlage 8: Einladung für 15. November 2023]

- **6. Juli 2023 in Mainz:**
  Fachberatung der *„Eine-Welt-Promotorin für Migration und entwicklungspolitische Bildung“.* Der Geschäftsführer des Initiativausschusses ist benanntes Mitglied der fachlichen Begleitkommission des Projektes. Im Rahmen des Zusammentreffens referierte er über aktuelle Entwicklungen im Bereich des Migrationsrechtes und zu erwartende Auswirkungen auf die Arbeit der rheinland-pfälzischen Eine-Welt-Promotorin für Migration und entwicklungspolitische Bildung.
  [Anlage 9: Einladung zum 6. Juli 2023]

- **10. Oktober 2023 (online):**
  Impuls des Geschäftsführers des Initiativausschusses im Rahmen der Veranstaltung *„Neuer Lehrplan Sozialkunde Sek. II - Wissenschaftliche Information zum Thema: Migration & Integration als Herausforderung für die Demokratie und Gesellschaft“* des Pädagogischen Landesinstitut Rheinland-Pfalz.
  [Anlage 10: Einladung für den 10. Oktober 2023 | Anlage 11: Teilnahmeliste vom 10. Oktober 2023]

- **6. November 2023 in Ingelheim:**
  Aktive Mitwirkung des Geschäftsführers des Initiativausschusses an einem Brainstorming *„Was tun nach dem 7. Oktober? – Dialogorientierte Maßnahmen zur Sicherung des friedlichen Zusammenlebens in Rheinland-Pfalz“* auf Einladung der Fridtjof-Nansen-Akademie am Weiterbildungszentrum Ingelheim. Anlass des Brainstormings waren Folgen der terroristischen Anschläge der Hamas auf Israel und der anschließenden militärischen Intervention Israels im Gaza-Streifen für das Zusammenleben in Rheinland-Pfalz sowie mögliche

Aktivitäten insbesondere in Ingelheim zur Öffnung von Kommunikationskanälen zwischen denjenigen, die sich hiervon mit unterschiedlichen Perspektiven und Sozialisierungserfahrungen vor Ort betroffen fühlen.
[Anlage 12: Teilnahmeliste des Brainstormings am 6. November 2023]

- **15. November 2023 in Frankfurt/M.:**
  Impuls des Geschäftsführers des Initiativausschusses zu „*Fluchtaufnahmebedingten Herausforderungen für Kommunen in Hessen und in Rheinland-Pfalz*“ im Rahmen der Gesamtkonferenz der Abteilung „*Flucht, Interkulturelle Arbeit, Migration (FIAM)*“ der kirchlichen Beauftragungen und diakonischen Referate im Bereich der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck.
  [Anlage 13: Einladung zum 15. November 2023]

Presse-, Öffentlichkeits-, Informations- und Bildungsarbeit

In seiner Presse-, Öffentlichkeits-, Informations- und Bildungsarbeit war der Initiativausschuss auch im Berichtsjahr 2023 zum einen darum bemüht, eigeninitiativ wichtige Themen zu setzen und zum anderen reaktiv auf aktuelle, teilweise kurzfristig entstehende Herausforderungen einzugehen.

Folgende Maßnahmen hat der Initiativausschuss im Berichtszeitraum durchgeführt bzw. inhaltlich maßgeblich mitgestaltet:

Veranstaltungen:

- **16. Februar 2023 (Online-Veranstaltung):**
  „3 Jahre nach den rassistischen Morden in Hanau: Der Opfer gedenken und Rassismus bekämpfen“. Bei der Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP) diskutierte der Geschäftsführer des Initiativausschusses mit Esther Reinhardt-Bendel (Verband Deutscher Sinti und Roma – LV RLP), Libuse Cerna (Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat) und Miguel Vicente (Beauftragter der Landesregierung für Migration und Integration) darüber, welche Konsequenzen aus den rassistischen Morden gezogen wurden und was die Zivilgesellschaft in Rheinland-Pfalz gegen Rassismus und rassistisch motivierte Gewalt tun kann.
  [Anlage 14: Einladung zum 16. Februar 2023]

- **25. Februar 2023 (Online-Veranstaltung):**
  Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche 2023. Im Rahmen der zweitägigen Online-Veranstaltung referierte der Geschäftsführer des Initiativausschusses zusammen mit Sanaz Azimipour (DaMOst e.V.) und Memet Kılıç (Vorsitzender Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat) in einem Workshop zum Thema *„Neue Räume gleichberechtigt gestalten: Politische Teilhabe und Reform des Staatsangehörigkeitsrechts"*.
  [Anlage 15: Veranstaltungsprogramm für 24. und 25. Februar 2023]

- **27. März 2023 in Ingelheim:**
  Teil 1 der- auf insgesamt vier Veranstaltungen veranschlagten - Reihe *„Rassismus im Fokus“* in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) und der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP) sowie örtlichen Kooperationspartner*innen. Thema der

Veranstaltung war *„Rassistische Realitäten - Ergebnisse des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismus-Monitors 2022“*. Nach einem die Ergebnisse vorstellenden Impulsvortrag von Dr. Cihan Sinanoğlu (Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung – DeZIM e.V.) fand eine Podiumsdiskussion zum Thema *„Was folgt? – Konsequenzen aus dem nationalen Rassismus-Monitor für Rheinland-Pfalz“* statt.
[Anlage 16: Einladung zum 27. März 2023]

- **11. Mai 2023 in Mainz:**
  Festveranstaltung des Flüchtlingsrat Mainz aus Anlass seines 33-jährigen Bestehens. Im Anschluss an einem Impulsvortrag zur aktuellen europäischen Asylpolitik und ihren Auswirkungen auf Deutschland, Rheinland-Pfalz und Mainz von Erik Marquardt, MdEP, diskutierten der Geschäftsführer und die rechtspolitische Referentin des Initiativausschusses mit Josef Winkler, MdL, über die aktuellen Herausforderungen der Flüchtlingspolitik in Rheinland-Pfalz und insbesondere über die Perspektiven für ein Flüchtlingsaufnahmeprogramm in der Verantwortung des Landes.
  [Anlage 17: Einladung zum 11. Mai 2023]

- **16. bis 18. Juni 2023 in Bad Ems – Rheinland-Pfalz-Tag:**
  Gemeinsamer Informationsstand mit der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP) zum Thema *„Einbürgerung und politische Teilhabechancen für Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte“*. Interessierte wurden durch Gespräche und ein Quiz über ein die Voraussetzungen der Einbürgerung und über die mit einer Einbürgerung verbundenen Pflichten und (politischen) Rechte informiert. Sie konnten zudem selbst einen *„Einbürgerungstest“* ablegen und sich durch Gespräche und schriftliche Informationen mit alternativen Wegen jenseits der Einbürgerung zu mehr politischen Teilhabechancen (z.B. kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige) für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit auseinandersetzen.
  [Anlage 18: Einbürgerungstest für RLP-Tag | Anlage 19: Quiz „Staatsangehörigkeit – Einbürgerung – Wahlrecht“ für RLP-Tag]

- **18. Juli 2023 in Ludwigshafen:**
  Teil 2 der- auf insgesamt vier Veranstaltungen veranschlagten - Reihe *„Rassismus im Fokus“* in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) und der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP) sowie örtlichen Kooperationspartner*innen. Thema der Veranstaltung war *„Rassistische Realitäten - Wen sie treffen und wie sie wirken“*. Erörtert wurde die Thematik im Rahmen einer Podiumsdiskussion, an der Vertreter*innen von Interessensverbänden von Personengruppen (Juden, Muslime, Sinti und Roma und schwarzen Menschen) teilnahmen.
  [Anlage 20: Einladung für den 18. Juli 2023]

- **30. Oktober 2023 (online):**
  „Recht auf Asyl statt Abschiebediskurs!“ - Bei einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-stiftung RLP diskutierte der Geschäftsführer des Initiativausschusses mit Corinna Rüffer, MdB und Shekho Usso (Flüchtlingsrat RLP e.V.) über aktuelle Rechtsverschiebungen im Flüchtlingsdiskurs und darüber, welche Handlungsspielräume, Chancen und Grenzen emanzipatorischen Akteur*innen sowohl in der Zivilgesellschaft als auch in der institutionalisierten

Politik in den aktuellen Verhältnissen (noch) gegeben sind.
[Anlage 21: Veranstaltungsankündigung zum 30. Oktober 2023]

- **15. November 2023 in Mainz:**
  Vortrag des Geschäftsführers des Initiativausschusses zum aktuellen *„Umsetzungsstand des Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan“* bei der Gesellschafter*innenversammlung der Ökumenischen Flüchtlingshilfe gGmbH.
  [Anlage 22: Einladung für den 15. November 2023]

- **5. bis 17. Dezember 2023 in Mainz:**
  Ausstellung *„Kinder auf der Flucht – Kinderrechte an den EU-Außengrenzen“*. Die Ausstellung wurde in Zusammenarbeit zwischen dem Initiativausschuss, terre des hommes Mainz, der Stadt Mainz und dem Flüchtlingsrat RLP e.V. im *„Haus des Erinnerns – für Demokratie und Akzeptanz“* präsentiert.
  [Anlage 23: Ausstellungsankündigung für 5. bis 17. Dezember 2023]

- **5. Dezember 2023 in Mainz:**
  Podiumsdiskussion zur Eröffnung der Ausstellung *„Kinder auf der Flucht – Kinderrechte an den EU-Außengrenzen“*. Nach einem biografischen Impuls eines Flüchtlings aus Syrien diskutierten Daniel Baldy, MdB, Tabea Rößner, MsB, Prof. Dr. Gerhard Trabert (Armut & Gesundheit in Deutschland e.V.) und Teresa Wilmes (terre des hommes) über die Frage *„Was können Politik und Zivilgesellschaft tun, um Kinderrechte auf den Fluchtwegen zu bewahren?“*.
  [Anlage 24: Veranstaltungsankündigung zum 5. Dezember 2023]

- **9. Dezember 2023 in Mainz:**
  „Welches Dach über welchem Kopf? - Das Menschenrecht auf Wohnen in der Praxis“ - Vortrag von Stefan Heinig (Zentrum gesellschaftliche Verantwortung der EKHN) und Austausch an Thementischen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung zum Tag der Menschenrechte stand das Menschenrecht auf angemessenes Wohnen, das sich aus Artikel 11 des Sozialpakts der Vereinten Nationen von 1966 ergibt und auch in Rheinland-Pfalz vielfach nicht eingelöst wird.

  In der gemeinsamen Veranstaltung von Evangelischem Dekanat Mainz, Armut & Gesundheit in Deutschland e.V., dem Dachverband der kommunalen Jugendvertretungen Rheinland-Pfalz e.V. (JVRLP), dem Diakonischem Werk Rheinhessen, dem Flüchtlingsrat RLP e.V., dem Haus des Erinnerns – für Demokratie und Akzeptanz, Initiativausschuss und terre des hommes Mainz wurden exemplarisch die Wohnsituation von Kindern und Jugendlichen, von geflüchteten Menschen und von Menschen mit einer Behinderung sowie die Situation von Wohnungslosen in den Blick genommen und Handlungsoptionen aufgezeigt, die zur Schaffung von zusätzlichem oder zur besseren Nutzung von bestehendem Wohnraum beitragen können.
  [Anlage 25: Veranstaltungsankündigung zum 9. Dezember 2023]

- **10. Dezember 2023 in Worms:**
  Podiumsdiskussion zum Tag der Menschenrechte. Thema war *„Das Recht auf Asyl oder ‚Das Boot ist voll‘?“*. An der vom Helferkreis Asyl Worms e.V. veranstalteten Podiumsdiskussion über seinerzeit aktuelle Vorschläge zur Verschärfung des Asylrechts und mögliche

Alternativen hierzu nahm die rechtspolitische Referentin des Initiativausschuss gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Worms, Adolf Kessel, Nina Gartenbach (Flüchtlingsrat RLP e.V.), Prof. Dr. Gerhard Trabert (Armut & Gesundheit in Deutschland e.V.) sowie Geflüchteten aus Afghanistan, Somalia und Syrien teil.
[Anlage 26: Veranstaltungsankündigung zum 10. Dezember 2023]

- **13. Dezember 2023 in Mainz:**
  Mitgliederversammlung des *„Vereins zur Förderung der Interkulturellen Arbeit in Rheinland-Pfalz e.V.“* Der Verein ist der Träger des Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz.
  [Anlage 27: Einladung zur Mitgliederversammlung am 13. Dezember 2023]

Teilnahme an Veranstaltungen Dritter (ohne im Ablauf/Programm der Veranstaltung vorgesehenen eigenen inhaltlichen oder organisatorischen Beitrag des Initiativausschusses):

Der Geschäftsführer und/oder die rechtspolitische Referentin des Initiativausschusses haben sich im Berichtszeitraum zudem an Fortbildungs-, Austauch- und Vernetzungsveranstaltungen Dritter teilgenommen und sich hieran - auch wenn im Ablauf/Programm der Veranstaltung kein inhaltlicher oder organisatorischer Beitrag des Initiativausschusses vorgesehen war - aktiv beteiligt:

- **19. Januar 2023 in Mainz:**
  Podiumsdiskussion des Mainzer Beirats für Migration und Integration: *„OB-Wahl in Mainz - Wie geht es weiter mit Vielfalt und Chancengleichheit in Mainz?“* Teilnehmende waren die Kandidat*innen für die Wahl des*der Oberbürgermeisters*in in Mainz.

- **23. Januar 2023 (online):**
  Fachgespräch *„Passbeschaffung Syrien“* mit Bundesabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen.
- **25. Januar 2023 in Mainz:**
  Parlamentarischer Abend der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz e.V..
- **15. Februar 2023 (online):**
  Plenum des Flüchtlingsrat RLP e.V..
- **15. Februar 2023 (online):**
  Fortbildung des Flüchtlingsrat RLP e.V. zum Thema *„Aktuelle Änderungen in Asyl- und Aufenthaltsrecht und ihre Auswirkungen auf die Beratung“*. Referent war Rechtsanwalt Jens Dieckmann aus Bonn.
- **23. Februar 2023 in Mainz:**
  Diskussionsveranstaltung der Staatskanzlei RLP *„Ein Jahr Krieg in der Ukraine. Folgen für unsere Gesellschaft und die Demokratie“.*
- **03. März 2023 in Mainz:**
  Veranstaltung u.a. des Mainzer Beirats für Migration und Integration: *„OB-Stichwahl in Mainz: Entscheidung über die Zukunft der Stadt Mainz für acht Jahre! - Interview mit beiden OB-Kandidaten“*.

- **20. März: 2023 (online):**
  „Wie wir Bund und Land für ausländische Arbeitskräfte attraktiver machen“ - Webinar mit Integrationsministerin Katharina Binz und Misbah Khan, MdB zum Stand der Reform der Fachkräfteeinwanderung.
- **19. bis 21. Mai 2023 in Hohenheim:**
  Fachtagung *„Hohenheimer Tage zum Migrationsrecht“*.
- **19. April 2023 in Mainz:**
  Plenum des Flüchtlingsrat RLP e.V..
- **25. Mai 2023 in Mainz:**
  Jahresempfang des Mainzer Beirats für Migration und Integration.
- **14. Juni 2023:**
  Fortbildung *„Asylverfahren Türkei“* des Bayerischen Flüchtlingsrates. Referentwar Rechtsanwalt Yunus Ziyal aus Nürnberg.
- **2. Juli 2023 in Bodenheim:**
  Sommerfest der Initiative *„Kulturbuntes Bodenheim“*. Teilnahme aufgrund der Einladung durch die Vorsitzenden.
- **6. Juli 2023 in Bad Kreuznach:**
  Plenum des Flüchtlingsrat RLP e.V..
- **29. August 2023:**
  „Migrationspolitisches Forum: Zur Reform der EU-Asylpolitik“. Referierender war Prof. Dr. Dominik Thym (Universität Konstanz).
- **5. und 12 Oktober 2023:**
  Veranstaltungsreihe des Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein zur *„Reform der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik“* mit zivilgesellschaftlichen Asylrechtsexpert*innen (u.a. Wiebke Judith [Pro Asyl] und Thomas Hohlfeld [Mitarbeiter der Bundestagsfraktion DIE LINKE]).
- **12. Oktober 2023 in Ingelheim:**
  18. Demokratietag Rheinland-Pfalz in Ingelheim.
- **07. November 2023 (online):**
  Plenum des Flüchtlingsrat RLP e.V..
- **22. November 2023 in Mainz:**
  Parlamentarischer Abend der Evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz.
- **23. und 24. November 2023 in Bad Münster am Stein:**
  „23. Ebernburger Migrationspolitische Gespräche“ – Gemeinsame Tagung des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), der Arbeitsgemeinschaft der Diakonie in Rheinland-Pfalz und der Diakonie Saar – Thema: *„Flucht ist vielfältig! Aufnahme auch? – Umgang mit Vulnerabilität im Fluchtkontext“*.

Zu Informationszwecken haben der Geschäftsführer und/oder die rechtspolitische Referentin des Initiativausschusses im Berichtszeitraum darüber hinaus regelmäßig als Gast an den

Sitzungen des rheinland-pfälzischen Landtagsausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz teilgenommen.

Veröffentlichungen:

Mit einer Vielzahl von Pressemitteilungen, Erklärungen, Positionspapieren, Stellungnahmen, Offenen Briefen und Faktenpapieren hat sich der Initiativausschuss im Berichtszeitraum darum bemüht, humanitäre und organisatorische Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsgeschichte zu benennen, konstruktive Lösungsansätze aufzuzeigen, die vielfach verkürzten politischen und gesellschaftlichen um die Asyl- und Migrationspolitik zu versachlichen und Unterstützer*innen einer humanitär ausgerichteten Asyl- und Migrationspolitik sprach- und argumentationsfähig zu machen.

Im Einzelnen wurden vom Initiativausschuss - vielfach in Kooperation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen aus Rheinland-Pfalz (in der folgenden Auflistung jeweils kenntlich gemacht) - im Berichtszeitraum folgende Materialien veröffentlicht:

- **18. Januar 2023:**
  Gemeinsames **Positionspapier** der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP), der Arbeitsgemeinschaft der Caritasverbände Rheinland-Pfalz, des AWO Bezirksverband Rheinland e. V., der Arbeitsgemeinschaft der Diakonie in Rheinland-Pfalz, des Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V., des Initiativausschusses, des Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz – ism e.V., des Instituts zur Förderung von Bildung und Integration – INBI e.V. sowie des Paritätischen Wohlfahrtsverband - Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland e.V.: *„Rheinland-Pfalz braucht funktionierende, service- und willkommensorientierte Ausländer- und Einbürgerungsbehörden - Empfehlungen zivilgesellschaftlicher Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen für Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte an die Landesregierung und die Kommunen in Rheinland-Pfalz“.*
  [Anlage 28: Positionspapier vom 18. Januar 2023]

- **14. Februar 2023:**
  Positionspapier zum *„Flüchtlings-Gipfel von Bund und Ländern“* im Bundesinnenministerium: *„Abschiebungen sind keine Lösung für aktuelle Herausforderungen – stattdessen braucht es Kooperation und Pragmatismus!“*.
  [Anlage 29: Positionspapier vom 14. Februar 2023]

- **14. Februar 2023:**
  Pressemitteilung zum Positionspapier *„Abschiebungen sind keine Lösung für aktuelle Herausforderungen – stattdessen braucht es Kooperation und Pragmatismus!“*.
  [Anlage 30: Pressemitteilung vom 14. Februar 2023]

- **21. Februar 2023:**
  Offener Brief von Alevitischem Kulturzentrum Worms und Umgebung e.V., civi kune RLP, Flüchtlingsrat RLP e.V., Helferkreis Asyl Worms e.V., Initiativausschuss, Landesverband der Syrischen Akademiker e.V. und KURDEM e.V. an die rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten der demokratischen Parteien: *„Öffnung der Grenzübergänge in die syrischen von Erdbeben betroffenen Regionen! - Unbürokratische Aufnahme von Menschen, die von*

Erdbeben betroffen sind!“.
[Anlage 31: Offener Brief vom 21. Februar 2023 – exemplarisch an Daniel Baldy, MdB]

- **24. Februar 2023:**
  Pressemitteilung: *„Ein Jahr Krieg gegen die Ukraine ist ein Jahr Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz – Gute Bilanz und Blaupause für die Aufnahme aller Schutzsuchenden!“*.
  [Anlage 32 Pressemitteilung vom 24. Februar 2023]

- **07. März 2023:**
  Fact-Sheet *„Ländervergleich: Abschiebungen und GARP/REAG-geförderte Ausreisen im Jahr 2022“*.
  [Anlage 33: Fact-Sheet vom 7. März 2023]

- **08. März 2023:**
  Pressemitteilung: *„Weltfrauentag 2023 – Ungleichbehandlung beseitigen und bedarfsorientierte Wege in den Arbeitsmarkt öffnen!“*.
  [Anlage 34: Pressemitteilung vom 08. März 2023]

- **19. März 2023:**
  Pressemitteilung: *„Internationale Wochen gegen Rassismus 2023 beginnen – Auch Rheinland-Pfalz ‚mischt sich ein‘!“*.
  [Anlage 35: Pressemitteilung vom 19. März 2023]

- **21. März 2023:**
  Erklärung: *„Zum Internationalen Tag gegen Rassismus 2023!“*.
  [Anlage 36: Pressemitteilung vom 21. März 2023]

- **27. März 2023:**
  Gemeinsames **Argumentationspapier** des Initiativausschusses und der Abteilung *„Flucht, Interkulturelle Arbeit, Migration (FIAM)“* der kirchlichen Beauftragungen und diakonischen Referate im Bereich der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck: *„#offengeht – Unterbringung von Geflüchteten: Daten, Fakten und Argumente in einer komplexen Diskussion“*.
  [Anlage 37: Argumentationspapier vom 27. März 2023 | Anlage 38: Kurzfassung Argumentationspapier]

- **27. März 2023:**
  Fact-Sheet: *„IST-Zahlen Schutzsuchender und Schutzberechtigter bundesweit und in RLP zum 31. Dezember 2022 (Angaben des AZR)“*
  [Anlage 39: Fact-Sheet vom 27. März 2023]

- **28. März 2023:**
  Fact-Sheet: *„Durchschnittliche Dauer von verwaltungsgerichtlichen Asylklageverfahren und Aufhebungsquote bei verwaltungsgerichtliche Asylklagen im Jahr 2022 bundesweit und in Rheinland-Pfalz“*.
  [Anlage 40: Fact-Sheet vom 28. März 2023]

- **27. April 2023:**
  Pressemitteilung der *„Kampagne für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes“* (Initiativausschuss ist unterzeichnende Einrichtung) zum 1. Mai 2023: *„Soziale Gerechtig-*

keit für ALLE! Recht auf (Aus)-Bildung! Recht auf Arbeit! - Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen!“
[Anlage 41: Pressemitteilung vom 27. April 2023]

- **08. Mai 2023:**
  Gemeinsame **Pressemitteilung** von Initiativausschuss, Flüchtlingsrat RLP e.V. und dem Projekt *„Bleiberecht und Perspektiven“*: *„Rheinland-pfälzische Flüchtlingsorganisationen fordern Abschiebestopp in den Sudan!“*.
  [Anlage 42: Pressemitteilung vom 08. Mai 2023]

- **08. Mai 2023:**
  Gemeinsame **Erklärung** von Initiativausschuss und Flüchtlingsrat RLP e.V.: *„Kritik an der Position der Bundesregierung zum ‚Flüchtlingsgipfel‘“ von Bund und Ländern“*.
  [Anlage 43: Pressemitteilung vom 08. Mai 2023]

- **12. Mai 2023:**
  Gemeinsame **Pressemitteilung** von Initiativausschuss, Flüchtlingsrat RLP e.V. und der Arbeitsgemeinschaft der Diakonie in RLP: *„Ergebnisse des ‚Flüchtlingsgipfels‘: Alter Wein in alten Schläuchen – die teuer erkaufte Milliarde!“*.
  [Anlage 44: Pressemitteilung vom 12. Mai 2023]

- **19. Mai 2023:**
  Rechtspolitische Stellungnahme: *„Zum BMI-Referentenentwurf für ein ‚Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts‘“*.
  [Anlage 45: Rechtspolitische Stellungnahme vom 19. Mai 2023]

- **22. Mai 2023:**
  Gemeinsame **Pressemitteilung** von Initiativausschuss und Flüchtlingsrat RLP e.V.: *„Bereits über 1000 Menschen fordern rheinland-pfälzischen Erlass zur Passbeschaffung für subsidiär Schutzberechtigte aus Eritrea!“*.
  [Anlage 46: Pressemitteilung vom 22. Mai 2023]

- **25. Mai 2023:**
  Pressemitteilung: *„30 Jahre Asylbewerberleistungsgesetz - Weil die Menschenwürde zählt: 200 Organisationen fordern das Ende eines beschämenden Kapitels deutscher Abschreckungspolitik!“*.
  [Anlage 47: Pressemitteilung vom 25. Mai 2023]

- **05. Juni 2023:**
  Gemeinsame **Pressemitteilung** von Initiativausschuss und Flüchtlingsrat RLP e.V.: *„Knapp 1400 Menschen fordern rheinland-pfälzischen Erlass zur Passbeschaffung für subsidiär Schutzberechtigte aus Eritrea!“*.
  [Anlage 48: Pressemitteilung vom 05. Juni 2023]

- **14. Juni 2023:**
  Fact-Sheet: *„Anträge auf 104c AufenthG (Chancenaufenthalt) in Rheinland-Pfalz zum 30. April 2023“*.
  [Anlage 49: Fact-Sheet vom 14. Juni 2023]

- **20. Juni 2023:**
  Gemeinsames **Forderungspapier** der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und

Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP), des Beirats für Migration und Integration der Stadt Mainz, des Projekts *„Bleiberecht und Perspektiven (BuP)“*, von civi kune RLP, des Fallschirm-Mensch e.V., des FC Ente Bagdad, des Flüchtlingsrats RLP e.V., des Initiativausschusses, des Instituts zur Förderung von Bildung und Integration (INBI), des Medinetz Mainz, des Omas gegen Rechts Mainz e.V., der Ökumenischen Flüchtlingshilfe Oberstadt e.V. (ÖFO), dem Omid Kulturzentrum e.V., des Sea Punks e.V. und dem Weltladen unterwegs Mainz: *„Forderungen regionaler Menschenrechtsorganisationen zum Weltflüchtlingstag 2023!“.*
[Anlage 50: Forderungspapier vom 20. Juni 2023]

- **20. Juni 2023:**
  Erklärung: *„Zum Weltflüchtlingstag 2023 und dem ‚Marche des Parapluies‘ in Mainz!“*.
  [Anlage 51: Erklärung vom 20. Juni 2023]

- **03. August 2023:**
  Fact-Sheet *„Anträge auf 104c AufenthG (Chancenaufenthalt) in Rheinland-Pfalz (Stand: Juni 2023)“*.
  [Anlage 52: Fact-Sheet vom 3. August 2023]

- **30. August 2023:**
  Fact-Sheet *„Ländervergleich: Abschiebungen und GARP/REAG-geförderte Ausreisen im 1. Halbjahr 2023“*.
  [Anlage 53: Fact-Sheet vom 30. August 2023]

- **24. September 2023:**
  Pressemitteilung: *„Interkulturelle Woche 2023 beginnt – Rekordbeteiligung rheinland-pfälzischer Städte, Gemeinden und Landkreise!“*.
  [Anlage 54: Pressemitteilung vom 24. September 2023]

- **26. September 2023:**
  Fact-Sheet: *„IST-Zahlen Schutzsuchender und Schutzberechtigter bundesweit und in RLP zum 30. Juni 2023 (Angaben des AZR)“*.
  [Anlage 55: Fact-Sheet vom 26. September 2023]

- **29. September 2023:**
  Erklärung: *„Zum Tag des Flüchtlings 2023!“*.
  [Anlage 56: Gemeinsame Erklärung vom 29. September 2023]

- **07. Dezember 2023:**
  Gemeinsamer Aufruf von Arbeit und Leben RLP/Saarland gGmbH, Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP), AWO – Bezirksverband Rheinland e.V., Arbeitsgemeinschaft der Diakonie in Rheinland-Pfalz, Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V., Initiativausschuss, Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz – ism e.V., Institut zur Förderung von Bildung und Integration – INBI e.V., Paritätischer Wohlfahrtsverband - Landesverband RLP/Saarland e.V. und Seebrücke RLP: *„Weil alles dafür spricht: Mehr Flüchtlinge aufnehmen!“*.
  [Anlage 57: Gemeinsamer Aufruf vom 7. Dezember 2023]

- **03. Dezember 2023:**
  Fact-Sheet: *„Ausreisepflichtige Geduldete zum 31.08.23 in RLP nach Aufenthaltsort“*.
  [Anlage 58: Fact-Sheet vom 03. Dezember 2023]

- **08. Dezember 2023:**
  Offener Brief von Initiativausschuss und Flüchtlingsrat RLP e.V.: *„Zum 75. Geburtstag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte!“*.
  [Anlage 59: Offener Brief vom 08. Dezember 2023]

- **18. Dezember 2023:**
  Erklärung *„Salam – Schalom – Frieden! Gegen Terror, Hass und Gewalt im Nahen Osten und in Rheinland-Pfalz!“*.
  [Anlage 60: Erklärung vom 18. Dezember 2023]

Kampagnen, Petitionen, Demonstrationen und Kundgebungen:

- Der Initiativausschuss hat im Berichtszeitraum mehrfach gemeinsam mit der Seebrücke Mainz und dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. zu **Kundgebungen/Mahnwachen anlässlich von Plenumssitzungen des Landtags Rheinland-Pfalz** aufgerufen bzw. sich aktiv an Kundgebungen beteiligt, bei denen die Abgeordneten zur Umsetzung einer humanitär ausgerichteten Migrations- und Flüchtlingspolitik in Rheinland-Pfalz und insbesondere zur Schaffung sicherer und legaler Zugangswege für Schutzsuchende nach Rheinland-Pfalz (Landesaufnahmeprogramm) aufgefordert wurden.

  Unter Beteiligung des Initiativausschusses fanden Kundgebungen an folgenden Terminen statt:

  - 25. Januar 2023 (Helmut-Kohl-Platz in Mainz).
  - 19. Juli 2023 (Helmut-Kohl-Platz in Mainz).
  - 07. November 2023 (Helmut-Kohl-Platz in Mainz).
  - 13. Dezember 2023 (Helmut-Kohl-Platz in Mainz).

- Der Initiativausschuss hat sich im Berichtsjahr im Rahmen der **bundesweiten *„Kampagne für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes“*** engagiert, in der sich mehr als 200 Organisationen anlassbezogen zusammengeschlossen haben. In der Überzeugung, dass die Menschenwürde migrationspolitisch grundsätzlich nicht relativiert werden darf, der langfristige Verweis von schutzsuchenden Menschen auf ein reduziertes Leistungssonderrecht aber eine solche Relativierung darstellt, hat er sich an der Erarbeitung und Verbreitung von Positionspapieren der Kampagne beteiligt und daran mitgearbeitet, dass diese Positionen in Rheinland-Pfalz Verbreitung und Beachtung gefunden haben (s. hierzu unter Punkt „*Veröffentlichungen*“).

Mitwirkung und Teilnahme an Kampagnen, Petitionen, Demonstrationen und Kundgebungen Dritter:

- Durch seine rechtspolitische Referentin hat der Initiativausschuss im Berichtszeitraum an der Erarbeitung einer **Petition des Flüchtlingsrates RLP e.V.** mitgewirkt, mit der das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration des Landes RLP dazu aufgefordert wurde, **in einem Erlass klarzustellen, dass subsidiär schutzberechtigte Eritreer*innen einen Reiseausweis für Ausländer erhalten sollen, ohne zuvor zur Botschaft zu müssen.** Die Forderung geht zurück auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 11. Oktober 2022. Anders als in anderen Bundesländern fehlte es zu dieser Zeit noch an einem

klarstellenden Rundschreiben des zuständigen Ministeriums im Nachgang des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes. Das Bundesverwaltungsgericht hatte seinerzeit entschieden, dass es von Eritreer*innen mit subsidiärem Schutzstatus, die aus Eritrea geflüchtet sind, ohne den Nationaldienst erfüllt zu haben, nicht verlangt werden darf, einen eritreischen Pass zu beschaffen, wenn sie dafür bei der eritreischen Botschaft eine sogenannte *„Reueerklärung“* abgeben müssen. Denn mit einer solchen *„Reueerklärung“* müssen Eritreer*innen gegenüber der Botschaft anerkennen, eine Straftat begangen zu haben, indem sie Eritrea ohne staatliche Erlaubnis verlassen haben und ihren Wehrdienst nicht vollständig abgeleistet haben.

Der Initiativausschuss hat darüber hinaus durch Presse-, Öffentlichkeits- und Mobilisierungsarbeit (s. hierzu unter Punkt *„Veröffentlichungen“*) sowie durch die aktive Teilnahme an einer Demonstration/Kundgebung des Flüchtlingsrates RLP e.V. am 2. Juni 2023 mitgewirkt, bei der eritreische Betroffene zu Wort kamen und in deren Anschluss die insgesamt mehr als 1.400 Unterschriften unter der Petition an eine Vertretung des rheinland-pfälzischen Integrationsministeriums übergeben wurden.

- Der Initiativausschuss war im Berichtszeitraum aktiv an der Vorbereitung, Mobilisierung und inhaltlichen Ausgestaltung des vom Flüchtlingsrat RLP e.V. initiierten und ausgerichteten ***„Marche des Parapluies“* zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni 2023 in Mainz** beteiligt. U.a. wurde ein gemeinsamer Aufruf lokaler und landesweiter Initiativen und Einrichtungen erarbeitet und verbreitet, in dem die Einhaltung des Rechts auf Asyl, sichere Fluchtwege, keine Pushbacks, keine Diskriminierung und eine menschenwürdige Behandlung aller Schutzsuchenden gefordert wurde (siehe hierzu unter Punkt *„Veröffentlichungen“*) und wurde seitens des Initiativausschusses für den *„Marche des Parapluies“* mobilisiert.

Regelmäßige multiplikator*innen-orientierte Informationsarbeit:

Der Initiativausschuss hat im gesamten Berichtsjahr 2023

- über seinen ca. 500 Akteur*innen der Beratungs- und Unterstützungsarbeit in Rheinland-Pfalz umfassenden E-Mail-Verteiler tagesaktuell und regelmäßig über wichtige Fragen der Beratung, Begleitung und Unterstützung von Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografie informiert. Ausgesendet wurden **ca. 175 i.d.R. ausführliche und kommentierende Mails zu aktuellen Informationen und Entwicklungen** im Handlungsfeld *„Asyl, Migration und Integration“*.
- über seine **Social-Media-Accounts** (X [vormals Twitter] mit ca. 450 Follower*innen, Bluesky [ab dem 2. Halbjahr 2023] mit ca. 70 Follower*innen und Facebook mit ca. 150 Follower*innen) regelmäßig tagesaktuelle Informationen ausgesendet und sich an aktuellen politischen und gesellschaftlichen Debatten in seinen Handlungsfeldern beteiligt. Insgesamt wurden im Berichtsjahr ca. 500 X-Beiträge, 100 Bluesky-Posts und 35 Facebook-Einträge *„produziert“* und verbreitet.

Vernetzungs-, Gremien- und Lobbyarbeit

Mit seiner Vernetzungs-, Gremien- und Lobbyarbeit innerhalb der rheinland-pfälzischen Zivilgesellschaft und bei Entscheidungsträger*innen insbesondere auf Landesebene und in den Kommunen zielte der Initiativausschuss auf die Verbesserung der rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen der Aufnahme und Integration von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsgeschichte und des friedlichen und respektvollen Zusammenlebens von Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationsgeschichte in Rheinland-Pfalz ab. Im Einzelnen:

Vernetzungsarbeit:

Die Vernetzung der in Rheinland-Pfalz im Handlungsfeld *„Asyl, Migration, Integration und Anti-Rassismus-Arbeit“* aktiven Initiativen, Einrichtungen, Verbände und Einzelpersonen leistet der Initiativausschuss nicht nur durch die Aussendung und Verbreitung aktueller Informationen (siehe unter *„Regelmäßige multiplikator*innen-orientierte Informationsarbeit“*), sondern darüber hinaus auch durch weitere Aktivitäten und Maßnahmen. Im Einzelnen:

- **Plenumstreffen des Initiativausschusses**
  In Plenumstreffen des Initiativausschusses werden aktuelle politische Entwicklungen besprochen und Informationen zu Aktivitäten vor Ort ausgetauscht. Im Jahr 2023 hat lediglich ein 10. Mai 2023 ein Plenum stattfinden können. Das zweite im Berichtsjahr geplante Plenumstreffen am 28. November 2023 musste aufgrund der Erkrankung sowohl des Geschäftsführers als auch der rechtspolitischen Referentin kurzfristig abgesagt werden.

  Themen des **Plenums am 10. Mai 2023 in Mainz** waren

  - die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und ihre Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz (Gespräch mit Dr. Daniel Asche, Abteilungsleiter Integration im Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration des Landes Rheinland-Pfalz),
  - Aufbau eines regionalen Antidiskriminierungs-Beratungsbüros in der Modellregion Mainz-Rheinhessen-Nahe (Torsten Jäger, Vorstand NdRLP e.V.; Britta Graupner, Projektmitarbeitende),
  - Aktuelle Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene und Bericht aus der Geschäftsstelle des Initiativausschusses (Aktuelles aus der Beratungspraxis sowie Informationen über laufende und geplante Aktivitäten des Initiativausschusses).

  [Anlage 61: Einladung zum 10. Mai 2023 | Anlage 62: Teilnahmeliste vom 10. Mai 2023 | Anlage 63: Einladung zum 28. November 2023 (wg. Krankheit abgesagt)]

- **Sitzungen des Sprecher*innenkreises des Initiativausschusses**
  Regelmäßige Zusammenkünfte des Sprecher*innenkreises des Initiativausschusses dienen der Ausrichtung der Arbeit in seiner Geschäftsstelle und gewährleisteten den Informationsfluss zwischen Geschäftsstelle und den Mitgliedern des Netzwerks des Initiativausschusses. Dem Sprecher*innenkreis gehörten im Berichtszeitraum elf Personen an, die haupt- oder ehrenamtlich in der kommunalen Verwaltung oder in zivilgesellschaftlichen Einrichtungen aktiv sind. Der Sprecher*innenkreis bereitet die Treffen des Plenums inhaltlich vor und nach. Gemeinsam mit der Geschäftsstelle erarbeitet und konzeptioniert er Grundsatzpapiere, Stellungnahmen und Maßnahmenvorhaben des Initiativausschusses. Er sieht eine weitere Aufgabe darin, die im Austausch des Netzwerks gewonnenen Erkenntnisse gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit engagiert und kompetent zu

vertreten. Im Berichtszeitraum 2023 haben insgesamt sieben Präsenz- oder Online-Treffen des Sprecher*innenkreises stattgefunden. Termine waren:

- **18. Januar 2023 in Mainz:**
  Themen u.a.: Bericht von der Sitzung des LT-Ausschuss für Integration am 18. Januar 2023, Aktuelles aus dem Landesbeirat für Migration und Integration (LBMI), Referentenentwürfe zum Staatsangehörigkeits- und zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz.

- **28. Februar 2023 in Mainz:**
  Themen u.a.: Bericht zum Gespräch mit dem MFFKI am 23. Februar 2023, Termin und Thema der Plenumssitzung im 1. Halbjahr 2023, Aktuelles aus der Beratungspraxis (u.a. Passbeschaffung Afghanistan, Umsetzung BVerwG-Urteil Passbeschaffung Eritrea, Einreise von Familienangehörigen aus den Erdbebengebieten), Abschiebung von Drittstaatenfällen nach Griechenland, Geplante Veranstaltungen (Fortbildungen, Veranstaltungsreihe mit dem MFFKI zum Thema „*Rassismus*“, RLP-Tag 2023, Fortbildung „*Rassismus in der psychosozialen Arbeit*“).

- **25. April 2023 in Mainz:**
  Themen u.a.: Vorbereitung Plenum am 10. Mai 2023, Passbeschaffung Eritrea: Aktuelle Erlasslage in RLP und Folgen für die Betroffenen, Informationen zum aktuellen Stand von Gesetzgebungsprojekten auf Bundesebene (insbesondere Fachkräfteeinwanderung), Projekt des Netzwerk diskriminierungsfreies RLP e.V.: *„Aufbau einer regionalen Antidiskriminierungsberatungsstelle in Rheinland-Pfalz*“, Bericht zum Landesbeirat für Migration und Integration, Bericht zu Gesprächen mit Abgeordneten der CDU-Fraktion am 22. März 2023 und mit Abgeordneten der Grünen-Fraktion am 23. März 2023, Rechtliche Begleitung der Asylverfahrensberatung in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen den Initiativausschuss.

- **12. Juli 2023 in Mainz:**
  Themen u.a.: Ergebnisse der Klausur von Initiativausschuss und Flüchtlingsrat RLP e.V. am 21. Juni 2023 in Mainz, Herausforderungen der Kommunen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten.

- **14. September 2023 in Mainz:**
  Themen u.a.: Vorbereitung zweites Plenum des Initiativausschuss im November 2023, Überblick über Fortbildungen und sonstige Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2023, aktuelle politische und gesetzgeberische Entwicklungen (u.a. Staatsangehörigkeit, Gesetzentwurf zu sicheren Herkunftsländern, Zugangs- und Verteilzahlen von Schutzsuchenden in RLP), Bericht zum Landesbeirat für Migration und Integration, Ausblick auf die Europa- und Kommunalwahlen 2024.

- **8. November 2023 in Mainz:**
  Themen u.a.: Kommunal- und Europawahlen 2024 – Ausblick und Aussprache über mögliche Aktivitäten und Bündnisse, Vorbereitung des Plenum am 28. November 2023, Aktuelle (gesetzgeberische) Entwicklungen und Kurzbericht der Geschäftsstelle über geplante Aktivitäten bis Jahresende, Vorbereitung der Mitgliederversammlung des *„Vereins zur Förderung der interkulturellen Arbeit in RLP e.V.“* am 13. Dezember 2023.

- **13. Dezember 2023 in Mainz:**
  Themen u.a.: Aussprache über den Entwurf einer Erklärung des Initiativausschusses zum Nah-Ost-Konflikt, Fortsetzung der Überlegungen zu Maßnahmen im Hinblick auf die Kommunal- und Europawahlen im Juni 2024, Aussprache über aktuelle rechtliche Entwicklungen (das *„Rückführungsverbesserungsgesetz“* und das *„Gesetz zur Reformierung des Staatangehörigkeitsgesetzes“*).

- **Klausur von Initiativausschuss und Flüchtlingsrat RLP e.V. am 21. Juni 2023 in Mainz**
  Ziel der Klausur war es, sich über die jeweiligen Arbeitsschwerpunkte beider Einrichtungen abzustimmen und Felder auszuloten, in denen durch Kooperation Synergien erzielt werden können.

- **Mitarbeit in den Arbeitsgruppen *„Unterbringung“* und *„Identitätsklärung“* des Flüchtlingsrat RLP e.V.**
  Im Berichtzeitraum hat die rechtpolitische Referentin des Initiativausschusses aktiv in den beiden vom Flüchtlingsrat RLP e.V. eingerichteten Arbeitsgruppen *„Unterbringung von Geflüchteten* (AG *Unterbringung*)“ und *„Identitätsklärung bei angestrebter Aufenthaltsverfestigung (*AG *Identitätsklärung)“* mitgearbeitet. Sitzungen fanden statt am:

  - **10. Januar 2023 in Mainz:**
    AG Unterbringung,
  - **24. April 2023 in Mainz:**
    AG Identitätsklärung,
  - **26. April 2023 in Mainz:**
    AG Unterbringung.

- **Austauschtreffen mit rheinland-pfälzischen Nichtregierungsorganisationen im Handlungsfeld *„Asyl, Migration und Integration“***
  Im Berichtszeitraum sind Vertretungen des Initiativausschusses (Geschäftsstelle und Sprecher*innenkreis) regelmäßig, anlassbezogenen und vielfach auch in informellen Gesprächen mit hauptamtlichen Mitarbeitenden und Verantwortlichen von regional oder landesweit aktiven Nichtregierungsorganisationen im Handlungsfeld *„Asyl, Migration und Integration“* zusammengetroffen. Beispielhaft genannt seien der Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. und die bei ihm beheimateten Projekte *„civi kune RLP“* und *„Bleiberecht und Perspektiven (BuP)“*, die Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz (AGARP), die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, die Arbeitsgemeinschaft der Diakonie in Rheinland-Pfalz, die Arbeitsgemeinschaft der Caritasverbände in Rheinland-Pfalz, die Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz und der Verband der Volkshochschulen in RLP.

  Die Gespräche bildeten die Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen gegenüber der Landesregierung auf einzelnen gemeinsam als wichtig erachteten migrations- und integrationspolitischen Themenfeldern, das sich im Berichtsjahr 2023 u.a. in den zuvor geschilderten (gemeinsamen) Maßnahmen niedergeschlagen hat.

Darüber hinaus fanden im Berichtszeitraum die folgenden *„formalisierten“* Austauschgespräche statt:

- **17. August 2023 in Mainz:**
  Austauschgespräch von Diakonie RLP, Flüchtlingsrat RLP und Initiativausschuss mit der Vorsitzenden des DGB-RLP/Saar, Susanne Wingertszahn. Themen waren die Rechtverschiebungen im Diskurs um die Aufnahme und Integration von Geflüchteten sowie die Identifizierung möglicher (gemeinsamer) Maßnahmen zur Versachlichung des Diskurses auch mit Blick auf die Europa- und Kommunalwahlen 2024 und die ihnen vorgeschalteten Wahlkampfauseinandersetzungen.

- **13. September 2023 in Mainz:**
  Austauschgespräch mit der Projektleitung und dem Projektreferenten des *„Haus der Sprachmittlung“* bei Arbeit & Leben RLP/Saar gGmbH. Themen waren mögliche Maßnahmen zur Bekanntmachung des Projekts und zur Unterstützung der im Haus der Sprachmittlung betriebenen Anstrengungen zur qualitativen und quantitativen Verbesserung des Angebots an Sprachmittlung im sozialen Raum in Rheinland-Pfalz. Konkret vereinbart wurde u.a. die Vorstellung des Projekts im Rahmen des geplanten Plenums des Initiativausschusses am 28. November 2023, das wegen Erkrankung des Geschäftsführers und der rechtspolitischen Referentin dann kurzfristig abgesagt werden musste. Die Vorstellung des Projekts wurde zwischenzeitlich im Rahmen des ersten Plenums des Initiativausschusses im Jahr 2024 *„nachgeholt“*.

- **18. Dezember 2023 in Mainz**
  Kooperationsgespräch mit der Projektleiterin und der Projektreferentin des beim Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat angesiedelten Projekts *„Pass(t)genau“*. Das 2023 ins Werk gesetzte Projekt will einen Beitrag zur Verbesserung der Einbürgerungsprozesse leisten. Dazu sollen in den Modellregionen Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern Beratungsstrukturen mit hauptamtlichen Berater*innen und ehrenamtlichen Einbürgerungslots*innen aufgebaut werden, die Menschen im Einbürgerungsprozess unterstützen und begleiten.

  Gegenstand des Gespräches waren die wechselseitige Vorstellung der Arbeitsschwerpunkte und die Identifikation von möglichen Kooperationen. Vereinbart wurde im Rahmen des Gesprächs, dass der Initiativausschuss über seine rechtspolitische Referentin im Jahr 2024 als fachliche Begleitung für die in Rheinland-Pfalz zuständigen Projektmitarbeiter*innen zur Verfügung steht und für die auszubildenden ehrenamtlichen Einbürgerungslots*innen Fortbildungsveranstaltungen anbietet.

Lobbyarbeit:

Im Berichtszeitraum hat der Initiativausschuss folgende *„Lobbyaktivitäten“* unternommen:

- **Quartalsgespräche auf Arbeitsebene zwischen dem Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) RLP und LIGA Rheinland-Pfalz, Flüchtlingsrat RLP e.V. und Initiativausschuss**
  Seit dem 4. Quartal 2022 kommen das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) Rheinland-Pfalz und die LIGA Rheinland-Pfalz, der Flüchtlingsrat RLP e.V. und der Initiativausschuss zu regelmäßigen sogenannten *„Quartalsgesprächen“* zur

Erörterung aktueller Entwicklungen in der Asyl- und Migrationspolitik zusammen. Im Berichtszeitraum fanden solche „*Quartalsgespräche*“ an den folgenden Terminen statt:

- 23. Februar 2023,
- 22. Mai 2023 und
- 29. August 2023.

Das für das 4. Quartal vorgesehene Gespräch am 21. November 2023 wurde seitens des MFFKI kurzfristig abgesagt.

- **Gespräch mit dem Staatssekretär des Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI), Herrn Janosch Littig**
  Auf Einladung des neu ernannten Staatssekretärs im MFFKI, Herrn Janosch Littig, fand am 19. Juni 2023 ein Austauschgespräch statt, an dem neben dem Geschäftsführer des Initiativausschuss auch die Geschäftsführerin des Flüchtlingsrat RLP e.V., Frau Pierrette Onangolo, teilgenommen hat. Es diente einem ersten Kennenlernen und dem Austausch von aus der jeweiligen Sicht drängenden Herausforderungen im Bereich der Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik in Rheinland-Pfalz.

- **Gespräche mit demokratischen Fraktionen im Landtag Rheinland-Pfalz**
  Der Initiativausschuss hat auch im Berichtsjahr 2023 den Kontakt mit demokratischen Fraktionen im rheinland-pfälzischen Landtag gesucht. Er hat im Rahmen dieser Gespräche seine Positionen und Empfehlungen zur Ausgestaltung der Politik in den Handlungsfeldern „*Fluchtaufnahme, Migration, Integration, Diskriminierungsschutz und Antirassismusarbeit*“ an Abgeordnete herangetragen und intensiv für deren Umsetzung sowie für eine sachliche Ausgestaltung des Diskurses im politischen Raum geworben.

  Folgende Gespräche mit Abgeordneten demokratischer Fraktionen im Landtag Rheinland-Pfalz haben im Berichtsjahr 2023 stattgefunden:

  - **22. März 2023:**
    CDU-Fraktion - Gespräch mit Peter Moskopp, MdL (Mitglied im Landtags-Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz), Dirk Christian Herber, MdL (Vorsitzender des Landtags-Innenausschuss) und Tobias Vogt, MdL.
  - **23. März 2023:**
    Fraktion „*Bündnis 90/Die Grünen*“ - Gespräch mit Pia Schellhammer, MdL (Fraktionsvorsitzende), Josef Winkler, MdL (Sprecher der Fraktion u.a. für Sprecher für Integration, Flucht und Asyl und Mitglied im Landtags-Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz) sowie Lisett Stuppy, MdL (Mitglied im Landtags-Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz).

- **Gespräch mit dem Städtetag Rheinland-Pfalz zur aktuellen Situation der Ausländer- und Einbürgerungsbehörden im Land**
  Auf Einladung der Geschäftsführenden Direktorin des Städtetag Rheinland-Pfalz fand am 27. September 2023 ein Gespräch über die aktuelle Arbeitssituation und Arbeitsfähigkeit der Ausländer- und Einbürgerungsbehörden in Rheinland-Pfalz statt. Grundlage des Gesprächs war das Positionspapier zivilgesellschaftlicher Organisationen „*Rheinland-Pfalz*

braucht funktionierende, service- und willkommensorientierte Ausländer- und Einbürgerungsbehörden - Empfehlungen zivilgesellschaftlicher Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen für Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte an die Landesregierung und die Kommunen in Rheinland-Pfalz" (siehe hierzu unter „Veröffentlichungen"). Neben der Geschäftsführenden Direktorin des Städtetag Rheinland-Pfalz nahmen auch Vertretungen der weiteren Kommunalen Spitzenverbände in Rheinland-Pfalz teil. Seitens der Zivilgesellschaft nahmen neben dem Geschäftsführer des Initiativausschusses auch Vertretungen der Wohlfahrtsverbände, des DGB und der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in RLP (AGARP) teil. Vereinbart wurde im Rahmen des Gesprächs eine jeweils anlassbezogene Verstetigung der Kommunikation.

Der Initiativausschuss war im Berichtsjahr 2023 im **Lobbyregister des Deutschen Bundestages** registriert.

Gremienarbeit:

Der Initiativausschuss arbeitet auf Landes- und auf Bundesebene in zahlreichen Gremien mit, um seinen Anliegen - Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der in Rheinland-Pfalz bzw. in Deutsch-land lebenden Migrant*innen und Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte sowie das solidarische Zusammenleben von einheimischer Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten - Gehör zu verschaffen, die Aufnahmegesellschaft hierfür zu sensibilisieren und politische Entscheidungen in diesem Sinne zu befördern.

Im Berichtszeitraum 2023 war der Initiativausschuss in folgenden Gremien vertreten:

- Beirat für den *„Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (LAPgR-GMF)"*. Der Beirat tagt i.d.R. einmal jährlich und wird von der Geschäftsstelle des LAPgR-GMF im Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration koordiniert.
- Bündnis *„Demokratie gewinnt!"*. Das Bündnis wird von der beim Weiterbildungszentrum Ingelheim angesiedelten Geschäftsstelle koordiniert und kommt mindestens einmal jährlich und zusätzlich anlassbezogen zusammen.
- *„Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Rheinland-Pfalz"*. Das Landesnetzwerk wird von der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz koordiniert und kommt mindestens jährlich und zusätzlich anlassbezogen zusammen. Es veranstaltet zudem jährlich den *„Ehrenamtstag Rheinland-Pfalz"*.
- *„Runder Tisch Islam Rheinland-Pfalz"*. Der *„Runde Tisch Islam"* wird vom Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration koordiniert und kommt in der Regel einmal pro Quartal zusammen. Der Initiativausschuss nimmt als Gast an den Treffen teil.
- Steuerungsgruppe *„Wahlen zu den kommunalen Beiräten für Migration und Integration"* beim Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration. In Jahren ohne Beiratswahl kommt das Gremium i.d.R. einmal jährlich zusammen.
- *„Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte (NgR-fgR)"*. Das *NgR-fGR* ist ein durch den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) koordiniertes zivilgesellschaftliches Gremium auf Bundesebene), das jährlich drei- bis viermal zusammenkommt.

- **Landesbeirat für Migration und Integration (LBMI)**
  Im Berichtszeitraum wurde der Initiativausschuss von seinem Geschäftsführer und stellvertretend von seiner rechtspolitischen Referentin im Landesbeirat für Migration und Integration (LBMI) vertreten. Das von der Landesregierung initiierte und koordinierte Gremium will Migrant*innen, ihre Organisationen und weitere Nichtregierungsorganisationen in die Ausgestaltung der Integrationspolitik der Landesregierung einbinden. Dem LBMI gehören neben den integrationsrelevanten Ressorts der Landesregierung u.a. die Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Nichtregierungsorganisationen, Migrant*innen(selbst)organisationen sowie Vertretungen der Wissenschaft, der Kommunalpolitik und der Sozialpartner*innen an.

  Im Berichtszeitraum hat der Initiativausschuss intensiv an der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Sitzungen und Veranstaltungen des Landesbeirats für Migration und Integration mitgewirkt. Sitzungen und Veranstaltungen fanden statt am

  - **09. März 2023** - reguläre Sitzung. Themen der Sitzung waren auf Antrag u.a. des Initiativausschusses auch das das Positionspapier zivilgesellschaftlicher Einrichtungen zur Situation der Ausländer- und Einbürgerungsbehörden in Rheinland-Pfalz und die Frage der *„Gleichbehandlung von Geflüchteten in Rheinland-Pfalz“*. Berichtet wurde darüber hinaus von der Nachbereitungsgruppe des letztjährigen LBMI-Fachtags *„Migration und Gesundheit“*, der der Geschäftsführer des Initiativausschusses angehörte.
  - **28. Juni 2023** - reguläre Sitzung ohne vor- oder nachbereitende Aktivität des Initiativausschuss.
  - **21. September 2023** – Schwerpunktsitzung zum Thema *„Rheinland-Pfalz auf dem Weg zum attraktiven Einwanderungsland?!“* u.a. mit einem Vortrag von Prof. Dr. Heribert Brücker (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung). Die Schwerpunktsitzung wurde von einer Vorbereitungsgruppe geplant, der der Geschäftsführer des Initiativausschuss angehörte.
  - **07. Dezember 2023** - reguläre Sitzung ohne vor- oder nachbereitende Aktivität des Initiativausschuss.

Aktivitäten des Initiativausschusses im Rahmen seiner Mitgliedschaft im Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz (NdRLP) e.V.

Der Initiativausschuss war auch im Berichtsjahr 2023 Mitglied des *„Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz (NdRLP) e.V.“* und durch seinen Geschäftsführer im Vorstand des Vereines (Geteilter Vorsitz zwischen dem Geschäftsführer des Initiativausschusses und der Sprecher von Queer-Net RLP, Herrn Joachim Schulte) vertreten.

Wichtige Aktivitäten des NdRLP e.V., die unter maßgeblicher Beteiligung des Geschäftsführers des Initiativausschusses in seiner Funktion als Ko-Vorsitzender stattfanden, waren im Berichtszeitraum:

- **Januar bis März 2023:** Beantragung einer Projektförderung des NdRLP e.V. zum Aufbau eines *„Antidiskriminierungsbüros Rheinland-Pfalz“* im Rahmen einer Förderrichtlinie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Die umfangreiche Antragstellung (inkl. Erarbeitung

von Finanzplänen) sowie hierfür im Vorfeld der Beantragung erforderliche Vor- und Abstimmungsgespräche innerhalb des NdRLP e.V., mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sowie - hinsichtlich eines Finanzierungsanteils von 10 Prozent - mit der Landesantidiskriminierungsstelle Rheinland-Pfalz waren erfolgreich. Ab März 2023 konnte nach der Projektbewilligung mit dem Aufbau der erforderlichen organisatorischen Rahmenbedingungen sowie mit der Personalakquise für das Projektvorhaben begonnen werden.

Wichtiger Hinweis: Es gab im Berichtszeitraum keinerlei finanzielle oder sonstige Zuführungen von Mitteln und Ressourcen vom NdRLP e.V. bzw. von dem beantragten, bewilligten und durchgeführten Projekt an den Initiativausschuss.

- **März bis Juni 2023:** Aufbau der Infrastruktur zur Durchführung des NdRLP e.V.-Projektes (Anmietung von Büroräumen, technische und sonstige Ausstattung) sowie Personalakquise. Beides war zum Ende des 1. Halbjahres 2023 abgeschlossen.

Neben der Antragstellung und der Schaffung der infrastrukturellen und personellen Voraussetzungen zur Durchführung des Projektes beschränkten sich die Aktivitäten des Geschäftsführers des Initiativausschusses im Rahmen seiner Vorstandstätigkeit für das NdRLP e.V. auf die folgenden Maßnahmen und Aktivitäten:

- **20. März 2023 in Mainz:**
  Gespräch der Vorsitzenden des NdRLP e.V. mit dem Vorsitzenden und Vorstandsmitgliedern des DiTIB-Landesverband Rheinland-Pfalz über gemeinsame Maßnahmen, die Raum öffnen für die Selbstreflexion von Mitgliedern von Moscheegemeinden im Hinblick auf eigene diskriminierungsfördernde Einstellungen, Haltungen und Verhaltensweisen gegenüber anderen diskriminierungsgefährdeten Personengruppen.

- **6. Juni 2023 in Mainz:**
  Empfang einer Delegation der Universität Medipol in Istanbul (Türkei) mit dem Ziel eines Erfahrungsaustausches mit dem NdRLP e.V. über kommunale Antidiskriminierungsarbeit und Antidiskriminierungsberatung. Im Rahmen des Austauschs in den Büroräumen des NdRLP e.V.-Projekts *„Antidiskriminierungsbüro RLP“* führte der Geschäftsführer des Initiativausschusses in die Thematik ein und stelle er die diesbezüglichen Aktivitäten des NdRLP e.V. vor.

- **Gemeinsam mit den Projetmitarbeitenden und dem Ko-Vorsitzenden:** Inhaltliche und organisatorische Planung der „Kick-off-Veranstaltung des NdRLP e.V.-Projekts *„Antidiskriminierungsbüro RLP“* am **19. Juli 2023 in Mainz.**

- **6. Oktober 2023 in Mainz:**
  Gespräch der Vorsitzenden des NdRLP e.V. mit dem Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit (MWG) Rheinland-Pfalz sowie der zuständigen Referentin über den Stand der Verhandlungen zwischen der Landesregierung und muslimischen Religionsgemeinschaften in Rheinland-Pfalz über den Abschluss eines die wechselseitigen Beziehungen, Rechte und Pflichten regelnden Vertrages.

- **Gemeinsam mit den Projetmitarbeitenden und dem Ko-Vorsitzenden:** Im 4. Quartal 2023 wurden Gespräche mit politisch Verantwortlichen auf Landes- und Bundesebene mit dem Ziel der Fortsetzung des NdRLP e.V.-Projekts *„Antidiskriminierungsbüro RLP“* geführt.

Neben regelmäßigen Gesprächen mit der ADS des Bundes und der Landesantidiskriminierungsstelle Rheinland-Pfalz wurden im Zeitraum der Haushaltsberatungen auf Bundesebene folgende weitere Gespräche geführt:

- **2. November 2023 in Mainz:**
  Gespräch mit Daniel Baldy, MdB,
- **3. November 2023 in Mainz:**
  Gespräch mit Corinna Rüffer, MdB.

- **Im gesamten Berichtszeitraum:** Regelmäßige Austauschgespräche über den Stand der Vorbereitung und den Verlauf des NdRLP e.V.-Projekts *„Antidiskriminierungsbüro RLP“* mit der zuständigen Abteilungsleitung im Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz und der Leiterin der Landesantidiskriminierungsstelle Rheinland-Pfalz.
- **Im Laufe der Durchführung des NdRLP e.V.-Projekts *„Antidiskriminierungsbüro RLP“* (vorwiegend 2. Halbjahr 2023):** Regelmäßige Planungs- Austausch- und Auswertungsgespräche mit den Projektmitarbeitenden.
- **Im gesamten Berichtsjahr:** Vertretung des NdRLP e.V. bei Veranstaltungen von Mitgliedsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen in Rheinland-Pfalz. Beispielhaft genannt seien:
  - **15. Juni 2023 in Mainz (Innenministerium RLP)**
    Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der *„Meldestelle m*power“* und der *„Meldestelle Antiziganismus“* beim Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband RLP.
  - **21. September 2023 in Mainz:**
    Veranstaltung *„Meldestellen im Dialog“* der *„Meldestelle m*power“* und der *„Meldestelle Antiziganismus“* beim Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband RLP.
  - **12. Dezember 2023 in Mainz (Staatskanzlei Rheinland-Pfalz):**
    Festveranstaltung aufgrund des 40-jährigen Bestehens des Verbands Deutscher Sinti und Roma – Landesverband RLP.
- **Im gesamten Berichtszeitraum:** Organisatorische und inhaltliche Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von vier Sitzungen des Vorstands des NdRLP e.V. sowie von zwei Austauschtreffen der Mitgliedsorganisationen des NdRLP e.V. sowie organisatorische und inhaltliche Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der **Mitgliederversammlung des NdRLP e.V. am 5. Dezember 2023 in Mainz**.

Besonderheit im Berichtsjahr 2023

Der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz hat im Jahr 2023 im Rahmen der Verleihung des **Helmut-Simon-Preises der Arbeitsgemeinschaft der Diakonie in Rheinland-Pfalz** einen Sonderpreis erhalten, mit dem sein langjähriger Einsatz für die Gleichberechtigung von Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationsgeschichte und für das friedliche und solidarische Zusammenleben aller Menschen im Einwanderungsland Rheinland-Pfalz gewürdigt wurde.

[Anlage 64: Verleihungsurkunde vom 23. November 2023]

Personalausstattung und Zuwender*innen im Berichtszeitraum

Die Arbeit des Initiativausschusses wurde im Berichtsjahr hauptsächlich durch eine institutionelle Förderung des Trägervereins durch das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration des Landes Rheinland-Pfalz ermöglicht. Neben Honorareinnahmen, Mitgliedsbeiträgen und Spenden erhielt der Initiativausschuss im Berichtszeitraum zudem weitere Zuwendungen von

- ✓ der Diakonie Hessen;
- ✓ der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau;
- ✓ dem Bistum Mainz;
- ✓ dem Caritasverband der Diözese Trier;
- ✓ der Lotto-Stiftung Rheinland-Pfalz.

Hierfür bedanken wir uns herzlich. Ohne alle diese Zuwendungen wäre unsere Arbeit für Solidarität und Gleichberechtigung nicht möglich.

In der Geschäftsstelle waren im Berichtszeitraum Torsten Jäger (Geschäftsführer) sowie Ann-Christin Bölter (rechtspolitische Referentin) mit je einer vollen Stelle beschäftigt.

Mainz, den 28. Juni 2024